

Argumenten und Unwahrheiten. Als einfaches Beispiel: Es wird auf Plakaten behauptet, dass Benzin-Autos verboten werden. Das ist schlicht gelogen, dies ist nicht Teil des Klimaschutzgesetzes. Ein einfacher Faktencheck genügt, um dieses, wie auch so gut wie alle anderen Argumente der SVP zu widerlegen. Wie kann das alles sein? Wie kann es sein, dass mit einer solchen aggressiven Fake-News-Kampagne Abstimmungskampf betrieben wird? Wie kann es sein, dass das überhaupt erlaubt ist, die Stimmbevölkerung so zu belügen? «Cui bono?», wem nützt es, wer hat einen Vorteil davon?

Ich kann nur hoffen, dass diesem Treiben bald von Gesetzes wegen Einhalt geboten wird, dass die Nutzniesser und Financiers solcher Kampagnen ihr Gesicht zeigen müssen. Ich hoffe, dies fliesst in die Entscheidungsfindung der Menschen mit ein. Es muss wieder mehr Redlichkeit Einzug halten in die Politik.

Fabio Tinguely, Düringen

Das Gesetz stärkt die Unabhängigkeit der Schweiz

Am 18. Juni 2023 stimmen wir über das Klimaschutzgesetz ab. Es zeigt uns den Weg auf, wie wir weniger fossile Energien verbrauchen. Mit der Vorlage können wir unsere Abhängigkeit vom Ausland verringern und gleichzeitig unsere Lebensgrundlagen in der Schweiz schützen. Jahr für Jahr fließen 8 Milliarden Franken für Gas und Öl aus der Schweiz ins Ausland. Von diesem grossen Betrag haben wir im Inland nichts. Wenn wir dieses Geld aber in die inländische Stromproduktion investieren, schaffen wir Wertschöpfung in der Schweiz. Im einheimischen Gewerbe entstehen wertvolle Arbeitsplätze mit Zukunft. Strom können wir selber produzieren, Öl und Gas nicht. So steigern wir die Unabhängigkeit vom Ausland.

Gleichzeitig können wir mit dem Klimaschutzgesetz die schädlichen Folgen des Klimawandels begrenzen. Beson-



Braucht die Schweiz ein Klimaschutzgesetz? Die Stimmbürgerinnen und -bürger entscheiden am 18. Juni.

Bild key

ders betroffen sind die Schweizer Bergregionen. Alleine im letzten Sommer verloren die Schweizer Gletscher mehr als sechs Prozent ihrer Masse. Trockenheit, Überschwemmungen und im Winter grüne Wiesen in unseren Skigebieten bedrohen zunehmend die Landwirtschaft und den Tourismus. Wir müssen jetzt handeln, damit uns in Zukunft nicht viel grössere Katastrophen drohen.

Das Klimaschutzgesetz ist ein ausgewogener und sozialverträglicher Kompromiss. Es kommt ohne Verbote aus, sondern setzt auf Anreize und Investitionen in erneuerbare Energien. Darum stimme ich am 18. Juni aus Überzeugung Ja zum Klimaschutzgesetz!

Christine Bulliard-Marbach, Nationalrätin Die Mitte, Ueberstorf

Verbote bremsen den technischen Fortschritt

Das «Klimaschutzgesetz» wurde von Bundesrat und Parlament als Gegenvorschlag zur vorerst zurückgezogenen «Gletscherinitiative» lanciert. Man verspricht den Bürgerinnen und Bürgern, ohne konkrete Verbote alle fossilen Energien bis 2031 zu halbieren und spätestens bis 2050 klimaneutral zu sein. Dass ein solches Gesetz nur mit zusätzlichen Verboten, Regulierungen, Zwangsmassnahmen und höheren Kosten umgesetzt werden kann, wird von den Befürwortern aus abstimmungstaktischen Gründen verschwiegen.